



Kofinanziert von der Europäischen Union



Durchgeführt von:



Regionale Rohstoffgovernance in Westafrika

Rohstoffe für Frieden und Entwicklung nutzen

Projektname	Regionale Rohstoffgovernance in Westafrika
Bauftrag durch	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Ko-Finanzierung mit der Europäischen Union (EU)
Projektregion	Mano River Union Staaten: Côte d'Ivoire, Guinea, Liberia und Sierra Leone.
Budget	16,342,000€ BMZ + 3,000,000€ EU
Duration	Jan 2019 – Dez 2022
Phasen	2. Phase für Côte d'Ivoire und Guinea 4. Phase für Liberia und Sierra Leone

voller Produktion und Konsum (SDG 12), zu Umwelt und Klimaschutz (SDG 13), Gerechtigkeit, Frieden und starken Institutionen (SDG 16) und zu Partnerschaften (SDG 17).



Die Herausforderung

Der Rohstoffsektor in den vier Ländern der Mano River Union (MRU), Côte d'Ivoire, Guinea, Liberia und Sierra Leone, birgt ein erhebliches Potenzial für erhöhte Staatseinnahmen und die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung der Region. Reformen im Einklang mit der afrikanischen Bergbauvision (AMV) der Afrikanischen Union haben entscheidende Prozesse vorangetrieben, um den direkten und indirekten Nutzen der Industrie – insbesondere durch Gold, Diamanten, Bauxit und Eisenerz – zu erhöhen.

Jedoch fehlen noch essentielle Elemente eines verantwortungsvollen Bergbausektors. Das Potenzial zur Stärkung der Wirtschaft durch staatliche Einnahmequellen und nachhaltige Entwicklung wird nicht ausreichend genutzt. Zudem bleiben die Rohstoffe ein wesentlicher Faktor für die anhaltende Fragilität der Länder.

Vor diesem Hintergrund und mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH versuchen Regierungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen, Rohstoffe zu Motoren für langfristige Entwicklung zu machen. Im Mittelpunkt steht die Ausrichtung der Industrie an den Prinzipien der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit (SDGs). Das Vorhaben leistet hier insbesondere einen Beitrag zur Beendigung von Armut (SDG 1), zu menschenwürdiger Arbeit und Wirtschaftswachstum (SDG 8), verantwortungs-

Unser Ansatz

Das Vorhaben berät Schlüsselakteure in den Partnerländern darin, die Rohstoffe durch eine Veränderung der politischen, institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen nachhaltiger und effizienter zu bewirtschaften. Die Partnerorganisationen umfassen Regierungsinstitutionen auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene, zivilgesellschaftliche Organisationen sowie die Privatwirtschaft.

Der methodische Ansatz kombiniert die Stärkung der Leistungsfähigkeit von Individuen, Institutionen und Netzwerken mit Fach- und Politikberatung. Inhaltlich strukturiert sich die Arbeit des Vorhabens dabei in vier Felder:

1. Erhöhung der Steuereinnahmen, Bekämpfung von Steuervermeidung und -flucht durch Bergbauunternehmen.
2. Stärkung staatlicher Aufsichtsfunktionen zur Durchsetzung sozialer und ökologischer Standards sowie zur Bekämpfung von Schmuggel (Schwerpunkt auf Kleinstbergbau von Gold und Diamanten) und der Konformität mit verantwortungsvollen Lieferketten.
3. Verbesserte Informationsbasis und Kapazitäten zur Einforderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht durch Unterstützung von Organisationen, die die Interessen von Bergbaugemeinden vertreten sowie von Transparenzinitiativen wie der *Extractives Industries Transparencs Initiative* (EITI).
4. Strategieberatung zur Erhöhung der Beiträge des Bergbaus zur nationalen und lokalen wirtschaftlichen Entwicklung.

Großbergbau (unten) als auch handwerklicher und Kleinbergbau (nächste Seite) haben das Potenzial, Armut durch höhere Steuereinnahmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verringern. Gleichzeitig stellen sie ein Risiko für die Lebensgrundlagen der betroffenen Gemeinden, die Umwelt und eine gute Regierungsführung dar.





Bisher erzielte Wirkungen

- In **allen vier Ländern** haben die Steuerbehörden ihre Kapazitäten für Steuerprüfungen bei Bergbauunternehmen ausgebaut. Dies hat bereits zu Steuermehreinnahmen von insgesamt 36,7 Mio. EUR geführt.
- Ein neu entwickeltes Tiefgangskontrollverfahren, ermöglicht es der **guineischen** Regierung, die quantitativen und qualitativen Angaben der Unternehmen sowohl im Hafen als auch vor der Küste zu überprüfen und damit die Informationen für die Berechnung der Exportsteuern zu verbessern. Bisher wurden 2000 Schiffe inspiziert, die insgesamt 200 Mio. Tonnen Bauxit und Eisenerz enthielten, sowie 30 Mitarbeiter*innen geschult.
- Die Bergbaubehörden in **Sierra Leone, Liberia und Guinea** haben ein digitales Katastersystem zur Verwaltung von Lizenzen eingeführt, einsehbar für die Öffentlichkeit. Die sierra-leonischen Beamten nutzen das System auch, um Exportbewertungen von Gold und Diamanten durchzuführen, Zollgebühren zu berechnen und Ausfuhrzertifikate auszustellen; diese werden am Zielflughafen durch das Scannen von QR-Codes überprüft.
- Die **Mitgliedsstaaten der MRU** werden bei der Umsetzung eines regionalen Ansatzes zum Kimberley-Prozess (KP) für die Diamantenzertifizierung und Bekämpfung von Schmuggel unterstützt. Dies wurde sowohl im weiteren Rahmen des KP als auch bei den Generalversammlungen der Vereinten Nationen 2018 und 2020 als *Best Practice* anerkannt.
- Mehr als 180 Strafverfolgungsbeamte in den Hauptstädten und an den Grenzen wurden in Anti-Schmuggel-Praktiken geschult. 1361 Bergleute, Händler*innen und Bürger*innen in den Grenzgemeinden wurden zu Anti-Schmuggel-Maßnahmen sensibilisiert.
- Über 40 Vertretende von Minenministerien, Strafverfolgungsbehörden, Zivilgesellschaft sowie Privatsektor wurden während insgesamt fünf Tagen zum OECD-Leitfaden für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht zur Förderung verantwortungsvoller Lieferketten sowie der neuen EU Konfliktmineralien-Verordnung weitergebildet.
- In **Liberia** wurden die Bemühungen des Bergbauministeriums zur Formalisierung des ASM-Sektors durch eine Roadmap und die Gründung der allerersten Bergbaukooperativen unterstützt. Seitdem wurden insgesamt mehr als 20 Kooperativen gegründet. Diese ermöglichen die Einführung von umweltfreundlichen Abbaumethoden (*Smart Mining*) und verbessern damit nicht nur die soziale und wirtschaftliche Situation, sondern auch den ökologischen Fußabdruck.
- In **Liberia, Sierra Leone und Guinea** sind Projekte zur Umsetzung der Minamata Konvention gegen Quecksilbernutzung im handwerklichen und Kleinbergbau implementiert worden, Sensibilisierungsmaßnahmen durchgeführt, alternative Abbaumethoden aufgezeigt, und die Grundlagen für einen Zugang zu internationalen Märkten und verantwortungsvollen Lieferketten für Gold bereitet worden.
- In **Côte d'Ivoire** hat die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI) erstmals die Ausgaben von fünf lokalen Entwicklungsfonds veröffentlicht, um eine nachhaltige und transparente Verwaltung ihrer Ausgaben zu fördern. Darüber hinaus hat das EITI-Sekretariat eine Datenbank zu wirtschaftlichem Eigentum pilotiert, wie in den Standards für 2019 gefordert ist. Diese wird vom Bergbauministerium konsultiert.
- In **Sierra Leone** ist eine interaktive Hörspielsérie namens *Bush Wahala* auf 33 Radiostationen mit einer potenziellen Reichweite von 1,7 Mio. Menschen ausgestrahlt worden. Dies erhöht das Verständnis der Gemeinden für Bergbauangelegenheiten und unterstützt die lokalen Gemeinden in ihrer Interaktion mit den Bergbauunternehmen.
- In **Côte d'Ivoire, Guinea und Liberia** erhielten 105 Vertretende zivilgesellschaftlicher Organisationen Fortbildungen zum Thema Bergbau sowie Fach- und Prozessberatung für effektive Lobby- und Advocacy-Interventionen. Darüber hinaus wurden in Côte d'Ivoire, Liberia und Sierra Leone 56 Journalisten in evidenzbasiertem investigativem Journalismus geschult, die als Resultat mindestens 63 Artikel (bis Ende 2021) veröffentlichten.
- In **Sierra Leone** ist eine Online-Plattform für die Planung und Berichterstattung zu lokaler Wertschöpfung mit einem Scorecard-System eingeführt worden. Das System bewertet die Leistung zu *Local-Content*-Anforderungen in Übereinstimmung mit dem *Local-Content*-Gesetz.
- In **Côte d'Ivoire** ist mit Vertretenden der Regierung, Bergbaugemeinden und Unternehmen ein Musterplan für lokale Entwicklungsplanung entwickelt worden, der sich an international geltenden Standards orientiert. Dieser wird derzeit von zwei großen Bergbauunternehmen pilotiert.

Herausgegeben von: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) registriert in Bonn und Eschborn, Deutschland

Regionale Rohstoffgovernance in Westafrika
GIZ Büro Abidjan
Tel: +225 870 373 62
Email: christina.heyden@giz.de
Web: www.giz.de/en/worldwide/15792.html

Datum: Juni 2022
Layout: Vera Jemiller

Fotos: GIZ / Stefanie Heerwig / Judith Kunert / Michael Duff (Duff TV)

Originaltext: GIZ / Stefanie Heerwig / Kim Schultze / Jil Schmitz

Aktualisierung: Christina von Heyden, Vera Jemiller

Die GIZ ist für den Inhalt dieser Publikation verantwortlich.

Im Auftrag von: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Kofinanziert von: Europäische Union (EU)

